



vlbs aktuell

Nummer 01
Jahrgang 48
Januar 2026

Organ des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) im dbb

Die Schule, die wir haben – und die Bildung, die wir bräuchten: Ein System im Widerspruch zur Realität? (D. Schlich)



Der Bürgerrat Bildung und Lernen gibt jetzt konkrete Antworten.

Seit Jahren schneidet das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich nur mittelmäßig bis schlecht ab. Noch immer hängt der Erfolg im deutschen Schulsystem viel zu stark von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten einer Familie ab. Zusätzlich bereiten wir unsere Schülerinnen und Schüler häufig didaktisch und methodisch auf eine Lebensrealität vor, die es so nicht mehr gibt. Und die überschaubaren Reaktionen auf globale Veränderungen, ob Krisen oder die neuen Anforderungen an die berufliche und gesellschaftliche Lebenswelt, sind kaum wahrnehmbar – stets fehle es an Ressourcen.

Aber vor allem fehlt es an einer Vision, wie Bildung im 21. Jahrhundert aussehen kann, um Probleme und Herausforderungen zu bewältigen. Und dabei gleichzeitig in der Gesellschaft mehrheitsfähig und somit politisch realisierbar zu sein?

Auf diese Fragen hat der Bürgerrat Bildung und Lernen jetzt in Berlin Antworten geliefert. 700 zufällig ausgeloste Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche haben fünf Jahre lang debattiert, beraten, diskutiert und konstruktiv gestritten. Herausgekommen sind jetzt konkrete Empfehlungen, die von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Qualifikation alle Ebenen des Bildungssystems betreffen. Erste Reaktionen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Lehrpraxis sind vielversprechend, sie bezeichnen die Ergebnisse als visionär.

„Es hat sich bestätigt, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr weitsichtig denken. Der Bürgerrat Bildung und Lernen hat die Zeichen der Zeit erkannt, wie viele positive Reaktionen (...) belegen.“ so Karl-Heinz Imhäuser, Vorstand der Montag Stiftung Denkwerkstatt, die den Bürgerrat initiiert und über fünf Jahre lang organisatorisch unterstützt hat – ein bisher einzigartiges Projekt. Interessant ist, dass die Empfehlungen

des Bürgerrates jeweils mit einer Mehrheit der Mitglieder beschlossen wurden. Einige zentrale Empfehlungen bilden dabei den Rahmen der Reformideen, so unter anderem:

- An Schulen soll es mehr individuelles, lebensnahes Lernen geben.
- Schulen sollen Demokratie lehren und leben.
- Kinder sollen Schritt für Schritt lernen, mit Freiheit umzugehen.
- Schülerinnen und Schüler sollen die Lerninhalte mitgestalten können.

In dieser Ausgabe:

Titelseite und Seite 2 • Die Schule, die wir haben - und die Bildung, die wir bräuchten: Ein System im Widerspruch der Realität?

Seite 2 • Dienst-, Tarif- und Versorgungsrechtseminar in Hamburg

Seite 3 • Weihnachtsfeier im OV-Ludwigshafen • IN KÜRZE

Seite 4 • Gescheiterte erste Verhandlungsrunde • Bildungspolitischer Neujahrsempfang in Ludwigshafen

Für vlbs aktuell wollen wir unseren Fokus insbesondere auf die konkreten Forderungen und Empfehlungen zur beruflichen Bildung richten. Die Empfehlungen sind sortiert nach der Höhe der jeweiligen Zustimmung der Bürgerratsmitglieder.

1. Berufsschulen sollen zeitgemäße Lernmethoden einsetzen.

Zeitgemäße Lernmethoden sollen die Qualität der Ausbildung an Berufsschulen steigern. Lehrende sollen entsprechend weitergebildet werden und die neuen Methoden einsetzen.

Zustimmung: 94% Erw. / 100% KuJ

2. Es soll Berufsorientierungswochen für alle Jugendlichen geben.

Es wird die Einführung von Berufsorientierungswochen mit einem Mentorenprogramm empfohlen, um Stärken der Kinder und Jugendlichen zu identifizieren und ihnen wichtige Informationen über die verschiedenen Berufswege zu vermitteln.

Zustimmung: 96% Erw. / 94% KuJ

3. Es soll einen standardisierten Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden geben.

Eine verpflichtende Feedbackkultur an Berufsschulen soll eine Kommunikation auf Augenhöhe gewährleisten.

Zustimmung: 90% Erw. / 100% KuJ

4. Jugendliche ohne Schulabschluss sollen bessere Berufschancen erhalten.

Hierbei sollen die Hürden für den Berufseinstieg gesenkt und dadurch Jugendliche ohne Schulabschluss aufgefangen werden. Eine diskutierte Forderung könnte der Ausbau von Teilqualifizierungen sein.

Zustimmung: 88% Erw. / 76% KuJ

5. An Berufsschulen soll es individuelle Lernprojekte für Jugendliche geben.

Berufsschulen sollen Lernprojekte einführen, die an den persönlichen Lebensbedarf sowie unterschiedliche Niveaustufen der Berufsschüler angepasst sind. Mehr Eigenverantwortung und sichtbare Erfolge führen zu mehr Motivation.

Zustimmung: 67% Erw. / 100% KuJ

6. Digitales Berichtsheft in der Berufsausbildung.

Der Bürgerrat schlägt vor, dass bis 2027 verpflichtend ein digitales Berichtsheft eingeführt wird, um die Qualität der

Ausbildung zu sichern.

Zustimmung: 69% Erw. / 71% KuJ

Insgesamt handelt es sich im beruflichen Bereich um Empfehlungen, die keineswegs utopisch erscheinen und mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller am System Bildung beteiligter Akteure eine Chance erhalten sollten, weiter diskutiert und ausgestaltet zu werden.

„Jetzt ist es an der Politik und Praxis, diese Impulse aufzugreifen“, so appelliert Stiftungsvorstand Karl-Heinz Imhäuser in Berlin bei der jetzt stattgefundenen Abschlusskonferenz des Bürgerrates Bildung, bitte!

Immerhin hat bereits ein Kultusminister der Länder an der Konferenz teilgenommen. Der Bremer Bildungssenator Mark Rackles (SPD) aus einem Bundesland, das im Rahmen neuer Lehrkräfte-Arbeitszeitmodelle aktuell eine Vorreiterrolle einnimmt. Hoffen wir, dass ihm weitere Interessierte folgen, um das Schulsystem, das wir haben, mit der Bildung, die wir bräuchten, in Einklang zu bringen.

weiterführende Informationen:
buergerrat-bildung-lernen.de

Dienst-, Tarif- und Versorgungsrechtseminar in Hamburg

(A. Cartarius)

Mitte September lud der Landesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. (BvLB) die Mitglieder der Fachausschüsse für Dienst- und Tarifrrecht der 16 Bundesländer zu einem dreitägigen Seminar des deutschen Beamtenbundes (dbb) Akademie in die Hansestadt Hamburg ein.

Als rheinland-pfälzischer Vertreter nahm auch Andreas Cartarius vom vlbs an der Veranstaltung teil. Unter der Leitung von Andreas Hilgenberg (Vertreter des vlw NRW und Mitglied des Bundesvorstandes des BvLB) und Martin Godde (Vertreter des vlbs NRW) bot die Veranstaltung nicht nur einen länderübergreifenden Austausch zu den drängendsten Fragen des öffentlichen Dienstes, sondern auch die Möglichkeit, die spezifischen Anliegen der BBS-Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz in die bundesweite Diskussion einzubringen.



Der Ausschuss Dienst- und Tarifrrecht des BvLB während der Veranstaltung in Hamburg mit Grit Katzmann, der Vorsitzenden der Lehrgewerkschaften Hamburg GLBH.

Natürlich bildeten die bevorstehenden Tarifverhandlungen der Länder (ohne Hessen) ab Dezember 2025 sowie die nachfolgenden Übertragungen der Tarifergebnisse auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen einen zentralen Schwerpunkt. Zusätzlich wurde ein

Blick auf die Tarifrunde 2026 in Hessen geworfen, um mögliche Präzedenzfälle frühzeitig zu erkennen.

Hier stand die Veranstaltung vor allem in Zusammenhang mit den bevorstehenden Regionalkonferenzen zur

IN KÜRZE (A. Cartarius)**dbb-Forderungen der Einkommensrunde 2025/2026****1. Entgelt**

- Die Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7%, mindestens aber 300 Euro monatlich, bei einer Laufzeit von 12 Monaten.
- Die Erhöhung der Zeitzuschläge gemäß § 8 Abs 1 TV-L um jeweils 20 Prozentpunkte und Errechnung auf der Basis der individuellen Stufe, mindestens jedoch der Stufe 3.
- Die Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

2. Auszubildende und Studierende

- Die Übernahme der Auszubildenden und dual Studierenden nach abgeschlossener Ausbildung unbefristet und in Vollzeit im erlernten Beruf
- Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentisch Beschäftigten, insbesondere: einheitliches Mindeststundenentgelt von 17 Euro im ersten Beschäftigungsjahr, 18 Euro im zweiten Beschäftigungsjahr und 19 Euro im dritten Beschäftigungsjahr.

3. Erwartungen für Beschäftigte

- Erhöhung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen im Länderbereich, insbesondere durch stufengleiche Höhergruppierung und Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulagen nach dem Vorbild der TVöD.
- Mitgliedervorteilsregelung: ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst (§52 TV-L)
- Einstieg in die Verhandlungen zur Reform der Entgeltordnung der Länder
- Umsetzung der Verhandlungszusage zum TV EntgO-L aus 2019, insbesondere zur vollständigen Einführung der Paralleltabelle für tarifbeschäftigte Lehrkräfte

4. Beamtinnen und Beamte

- Zeit und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen.
- weitere Informationen zur Einkommensrunde finden Sie auf Seite 4.*

Einkommensrunde, wo die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände die Gelegenheit nutzten sich zu informieren und für spezifische Forderungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte einzusetzen. Die Fragen nach der Durchsetzbarkeit der Forderung nach einem angemessenen hohem Entgelt und eine stufengleiche Höhergruppierung standen an erster Stelle.

Alle waren sich einig, dass es auf Grund der steigenden Belastungen und dem erhöhten Verwaltungsaufwand im schulischen Alltag einen erhöhten Handlungsbedarf gibt. Zudem wird die fehlende Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zum Arbeitsmarkt gesehen, die auch im Lehrberuf vor allem im BBS-System zu einem flächendeckend zunehmenden Lehrkräftemangel beiträgt. Immer wieder stand die Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsplatzbedingungen an berufsbildenden Schulen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs im Fokus. Als Gastreferentin stand Grit Katzmann (Vorsitzende der

Lehrergewerkschaften Hamburg GLBH, BvLB und Vorsitzende der dbb-Frauenvertretung Hamburg) der Runde Rede und Antwort. Sie gab einen detaillierten Einblick in die schulischen Voraussetzungen an berufsbildenden Schulen in Hamburg. Von großem Interesse waren hier die besonderen Arbeitsbedingungen, die sich aus dem Hamburger Arbeitszeitmodell für die Lehrkräfte ergeben.

Ebenso interessante Einblicke gab es aus dienst- und beamtenrechtlicher Sicht durch die Länderberichte und den intensiven Austausch, wie zum Beispiel Gewalt gegen Lehrkräfte oder flächendeckende Verbote der Nutzung von mobilen Endgeräten an Schulen. Darüber hinaus gaben Willy Schröder und Wolfgang Lambl (beide BvLB-Bundesseniorenvertreter) interessante Hintergrundinformationen zu den Entwicklungen des Rentensystems und zur Beamtenversorgung.

Die nächste Veranstaltung ist Mitte März 2026 in Anbindung an die didacta in Köln geplant.

Weihnachtsfeier des OV- Ludwigshafen

(R. Djahazi)



Im Bild vlnr.: Der Landesvorsitzende Harry Wunschel mit Ramin Djahazi als Bezirksvorsitzenden und Kathrin Lehmann der stellv. OV-Vorsitzenden, Joachim Fahrnbach dem OV-Vorsitzenden, sowie den Schulleitern Matthias Mahler und Mirko Taus, während der Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft.

Der gemütliche Nachmittag bot viel Raum zum persönlichen Austausch untereinander, fernab der Lehrerzimmer und Klassenräume.

Ein Teil des Programms war die Ehrung langjähriger Mitglieder und Schulleiter Matthias Mahler und Miro Taus, die bereits seit 25 Jahren im OV aktiv sind.

Anwesend war ebenso der Landesvorsitzende Harry Wunschel, der ein offenes Ohr für die Anliegen des Ortsverbandes hatte und die Anwesenden in einer kurzen Rede über aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik informierte. Zudem nutzte er natürlich die Gelegenheit auf den politischen Neujahrsempfang am 26. Januar 2026 einzustimmen.

Gescheiterte erste Verhandlungsrunde (A. Cartarius)



Zahlreiche vlbs-Mitglieder trotzen Schnee und Eis während der Demonstration im Dezember 2024 in Mainz.

Am 3. Dezember 2025 begann die Einkommensrunde 2025/2026 zwischen dem deutschen Beamtenbund und Tarifunion (dbb) und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit dem Ziel der Einigung über die Entgeltsituation und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst der Länder in Berlin.

Trotz einer ausführlichen Präsentation der Gewerkschaftsforderungen (siehe Bild) blieb ein Gegenangebot der Arbeitgeberseite aus – ein Umstand, der die Verhandlungen von Anfang an erschwerte und letztlich zum Scheitern der ersten Runde führte. Die TdL bezeichnete die Forderungen als „astronomisch“ und „nicht erfüllbar“.

Ohne ein erstes Angebot fehlte jedoch die Basis für einen konstruktiven Dialog.

Durch das fehlende Angebot der Arbeitgeberseite konnte keine ordentliche Verhandlungsgrundlage gebildet werden und die Verhandlungen stagnierten. Erschwerend kommt aus Sicht des dbb hinzu, dass die nächste Verhandlungsrunde, die bereits für den 15. und 16. Januar in Potsdam geplant ist, nur wenig Spielraum für eine erneute Grundlagenarbeit lässt.

In der Zwischenzeit kündigte der dbb bundesweite Protestaktionen und Warnstreiks an, die ein klares Signal an die Verhandlungsführenden der TdL senden sollen.

„Tarifverhandlungen zu führen, bedeutet Verantwortung zu übernehmen. Dieser Wille war heute bei der TdL nicht spürbar“, konstatierte Geyer gegenüber den Medien. „Die Länder haben zum Verhandlungsauftritt komplett ausgeblendet, vor welch riesigen Herausforderungen sie stehen – jetzt und nicht irgendwann. Die demographischen Realitäten treffen den öffentlichen Dienst jetzt und nicht erst in ferner Zukunft, die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat rührt oftmals daher, dass dieser für die Menschen nicht mehr als funktionierend und Vertrauen schaffend erlebbar ist. Dazu fehlt es nämlich allerorten an Personal. In den Unikliniken, den Justizvollzugsanstalten, den Schulen,“

Bildungspolitischer Neujahrsempfang an der BBS-Naturwissenschaften

Der BV-Vorderpfalz lädt herzlich zum bildungspolitischen Neujahrsempfang am 26. Januar in die Aula (104) der BBS Nat. Ludwigshafen ein.

Wir bieten Ihnen eine bildungspolitische Podiumsdiskussion mit Florian Maier (SPD), Marion Schneid (CDU), Andrea Franz (Grüne), Stefan Thoma (FDP) und Helge Schwab (FWG). Moderiert wird die Diskussionsrunde von unserem Landesvorsitzenden Harry Wunschel.

Im Anschluss ist bei Snacks und Getränken Zeit für einen persönlichen Austausch.

Die verbindliche Anmeldung bitte mit Vor- und Nachname, Schule und Ihrer Mailadresse an djahazi.vlbs@gmx.de.



BV-Vorderpfalz lädt ein

vlbs-aktuell

Herausgeber • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, www.vlbs.org

Vorsitzender • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout • Andreas Cartarius, Biewerer Straße 98a, Telefon 01758253378, Andreas.Cartarius@vlbs.org

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Einsender von Berichten, Briefen u.Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

vlbs-aktuell erscheint grundsätzlich einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.